

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telefax: 896845 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Christa Randzio-Plath MdEP stellt das neue Aktionsprogramm der Sozialistischen Fraueninternationale vor: Gleichstellung als Herausforderung.

Seite 1

Dokumentation:

Hans Böhler MdB erläuterte vor der Seliger-Gemeinde sein Konzept zur Deutschlandpolitik. Seine Rede im Wortlaut

Seite 3

44. Jahrgang / 129

10. Juli 1989

Gleichstellung als Herausforderung

Neues Aktionsprogramm der Sozialistischen Fraueninternationale

Von Christa Randzio-Plath MdEP
Mitglied des AsF-Bundesvorstandes

In der Sozialistischen Fraueninternationale, der Schwesterorganisation der Sozialistischen Internationale, sind 50 Frauenorganisationen aus aller Welt organisiert. Das neue Aktionsprogramm der Sozialistischen Fraueninternationale konzentriert sich auf Zukunftsherausforderungen der Frauen in aller Welt.

Es geht vor allem um den Stellenwert von Bio- und Gentechnologien und die Frage, inwieweit diese überhaupt zugelassen werden sollen. In kontroversen Diskussionen und Expertenanhörungen soll die internationale Linie der Frauen insbesondere zu der Frage festgelegt werden, ob Babies um jeden Preis erwünscht sind.

Die Frauen wollen sich aber auch in ihren Aktionen konzentrieren auf die Zukunft der Erwerbsarbeit in der künftigen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und die Ausbeutung der Frauen durch Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen, das Thema von Frauen und Umwelt und die Rolle der Frauen und Männer als Verbraucher und Verbraucherinnen. Ein besonderes Anliegen für die Frauenorganisationen ist gegen den zunehmenden Frauenhandel, die Zwangsprostitution, Sextourismus und Zwangsheirat anzugehen. Es geht hier um die Zusammenarbeit zwischen Frauen in Industrie- und Entwicklungsländern, wenn ein Erfolg beschieden sein soll.

Die Sozialistische Fraueninternationale hat auf ihrem Kongreß vor allen Dingen Wert gelegt auf eine Integration der Frauenfrage in die universelle Menschenrechtserklärung der Sozialistischen Internationale. Es geht den Frauen darüber hinaus um eine Verwirklichung der politischen Gleichstellung der Frauen. Von dieser Machtfrage hängt die Verwirklichung der sozialen Menschenrechte, die für Frauen insbesondere von Bedeutung sind, ab.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
53000 Bonn 1, Postfach 12.04.08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verbindlicher Umgang
mit dem roten Balken
Beziehen Sie hier



Der Überblick über die Situation in den Mitgliedsparteien zeigt, daß große Fortschritte der Gleichstellung der Frau erreicht sind: Über 40 Prozent weibliche Mitglieder im Parlament und Regierung in Norwegen und Schweden, Frauen an der Spitze von Staat und Parteien in Costa Rica, Norwegen, Island, den Niederlanden, Japan, Kanada und der Bundesrepublik Deutschland. Und zunehmend mehr von sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien gebildete Regierungen, in denen mehrere Frauen politisch wirken, wie zum Beispiel über die skandinavischen Staaten hinaus auch in Venezuela, Equador und Costa Rica, im Senegal und in Spanien, in Neuseeland und Australien. Neuseeland hat sogar eine Abrüstungs-, Australien eine Vize-Verteidigungsministerin. Die Sozialistische Fraueninternationale fordert, daß spätestens in zehn Jahren alle Ämter und Mandate zu 50 Prozent in den Händen der Frauen liegen, um Männer und Frauen gleichzustellen.

Die Sozialistische Fraueninternationale verurteilt alle Versuche, Frauen erneut zu einer Verschleppung auf dem Arbeitsmarkt abzustempeln. Mit Bestürzung ist zu erkennen, daß Frauen aus Armut und Not Erwerbsarbeit um jeden Preis akzeptieren. Sie arbeiten teilweise zur Hälfte der Männerlöhne und machen unbezahlte Überstunden. Weder Gesundheits- noch Mutterschutz ist überall gewährleistet. Es bedarf gemeinsamer weltweiter Aktionen von Frauenorganisationen und Gewerkschaften, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen zu beenden. Die Sozialistische Fraueninternationale fordert gemeinsame Aktionen für Lohngleichheit und Arbeitszeitverkürzung, für die Ausweitung des öffentlichen Sektors und Kinderbetreuung, die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Wirtschaft mit Frauen. Sie fordert die Zusammenarbeit gegen die Ausbeutung der Frauen in den freien Produktionszonen in den Entwicklungsländern und wendet sich gegen den Frauenhandel und gegen Kinderarbeit. Sie setzt sich für eine neue Weltfrauenkonferenz im Interesse der Überwindung der Armut der armen und ärmsten Frauen insbesondere in den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer ein.

Der Sozialistischen Fraueninternationale geht es auch um den freien und kostenlosen Zugang zu Mitteln für Empfängnisverhütung und zur kostenlosen Geburtshilfe. Es ist festzustellen, daß dieses in allen Ländern unzureichend ist. Daher hat die Sozialistische Fraueninternationale erneut die Versuche verurteilt, Frauen, die in Konfliktsituationen sich für eine Abtreibung entscheiden, als Verbrecherinnen abzustempeln. Die Sozialistische Fraueninternationale wendet sich gegen Hexeprozesse wie in Memmingen. Zwar ist für die Sozialistische Fraueninternationale Abtreibung keine Alternative zur Empfängnisverhütung, es geht aber um die Bestimmung über den eigenen Körper. Die Bestimmung über den eigenen Körper ist ein Frauenrecht, ein Grundrecht. Daher unterstreicht die Sozialistische Fraueninternationale, daß Abtreibung eine Entscheidung der Frau ist. Ihr muß das Recht auf eine kostenlose, gute gesundheitliche Fürsorge zur Durchführung der Abtreibung garantiert werden.

(-/10.7.1989/vo-he/st)

* * *

DOKUMENTATION**Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten**

Der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Böhler, hielt vor der Seliger-Gemeinde in Tutzing am 24. Juni 1989 ein Referat zur Deutschlandpolitik. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut.

Deutschlandpolitik muß in die gesamteuropäische Politik eingebettet sein. Deutschlandpolitik ist Europapolitik. Sie muß zur Überwindung der Teilung unseres Kontinents beitragen. Jede Politik, die Europas Teilung vertieft, geht an den Tatsachen der europäischen Kultur vorbei. Sie mag für einige Jahrzehnte Bestand haben. Auf Dauer aber hat jede Teilungspolitik - eine Politik, die auseinanderreißt, was sich zusammengehörig fühlt - keine Chance.

Die enge Verwandtschaft der Europäer wird in der Mitte des Kontinents besonders deutlich. Wer nach Prag fährt, nach Budapest und Wien, kann dies mit Händen greifen. Auch Berlin gehört dazu. Rußland ist ein Teil Europas. Daran kann kein Zweifel bestehen, auch wenn die letzten 200 Jahre, die Zeit seit der Aufklärung, in Rußland natürlich anders verlaufen sind als bei uns. Aber heute wird einiges aus dem Gedankengut der Französischen Revolution in Rußland nachgeholt.

Daß wir diesen Prozeß mit großer Sympathie begleiten, ist verständlich. Aber von Euphorie muß trotzdem gewarnt werden: Wahrscheinlich ist, daß nicht die Demokratisierung über den Erfolg Gorbatschows entscheidet, sondern ob sich die erhofften Folgen der Ökonomie bald einstellen. Ob die Versorgung der Bevölkerung konkret und gut funktioniert. Weitere Stagnation oder gar ein Rückgang der sowjetischen Volkswirtschaft wird die Opposition gegen Gorbatschow stärken. Das bedeutet aber auch, daß es gegenwärtig schwer ist, verlässlich Prognosen über die weitere Entwicklung Europas zu machen. Was wir wollen, ist das gemeinsame europäische Haus.

Das stößt nicht überall auf Gegenliebe, wie wir durch die jüngsten Äußerungen amerikanischer Politiker erfahren. Auch diejenigen, die darüber intensiver nachdenken, stoßen auf viele Widersprüche. Vielleicht ist es ein brauchbarer Denkanstoß, wenn ich sage: Für uns Sozialdemokraten bedeutet dieses Bild vom europäischen Haus nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die Fortsetzung des KSZE-Prozesses mit dem Ziel des Zusammenwachsens der europäischen Staaten. Dies ist ein Prozeß, der gerade in den letzten Jahren erfreulicherweise an Dynamik gewonnen hat. Wenn wir also jetzt ein konkretes Modell für dieses Europa konstruieren würden, könnten wir morgen von der Wirklichkeit schon überholt werden. Es genügt als Richtschnur, die Ihnen sicher bekannt ist:

Die Zeit der Nationalstaaten geht zu Ende. Sie muß zu Ende gehen. Die Nationalstaaten sind den globalen Problemen immer weniger gewachsen. Frieden und den Schutz der Umwelt kann ein Staat alleine in Europa nicht mehr gewährleisten. Selbst unsere europäischen Verkehrsprobleme sind letztlich nur miteinander zu lösen. Nun weisen manche darauf hin, daß der Nationalismus keineswegs untergegangen sei. Er weise sich gerade in Zentraleuropa und in der Sowjetunion als lebendig. Es wird auf Ungarn und Polen, die baltischen Staaten, aber auch auf die Erfolge der nationalistischen Gruppen in westeuropäischen Staaten verwiesen. Möglicherweise hat die Renaissance des Nationalgedankens in beiden Teilen Europas auch unterschiedlichen Ursachen. Die engen Grenzen, die den Völkern in den Sowjetrepubliken und in den Warschauer Vertragsstaaten auferlegt wurden, sind vielleicht auch als nationale Entmündigung begriffen worden.

Nun, wo die Zügel der Sowjetunion wegfallen, hat man einen enormen Nachholbedarf und besinnt sich auf seine Traditionen. Dies mag im günstigen Fall ein verständlicher Pendelschlag sein, der auf dem Weg zur neuen stabilen europäischen Friedensordnung unvermeidlich ist.

Etwas anderes ist der Erfolg rechtsextremer und nationalistischer Gruppierungen im Westen Europas. Hier stellen sich große - zu große - Gruppen gegen die Erfordernisse der Zeit. Sie begreifen nicht, daß wir die Herausforderungen zur Sicherung der Existenzgrundlagen der Menschheit national und international und gemeinsam bestehen müssen - oder wir werden sie nicht bestehen können. Sie erhoffen sich Lösungen ihrer Sorgen und Ängste durch Abgrenzung oder gar Ausgrenzung alles Fremden. Vielleicht spielt auch die Angst um den Verlust der kulturellen Identität eine Rolle. Sie ist jedoch unbegründet. Wenn die Europäer nicht gerade gegeneinander Krieg geführt haben, haben sie sich kulturell gegenseitig bereichert. Die kulturelle Identität der Deutschen ist nicht denkbar, ohne die Einflüsse der übrigen Europäer in Rechnung zu stellen. Die latente Gefahr, die aus den rechten Stimmungen erwächst, ist die des erneuten Unfriedens zwischen den europäischen Völkern.

Unser sozialdemokratisches Konzept dagegen ist die gemeinsame Sicherheit und die Vernetzung ökonomischer und anderer Interessen durch Zusammenarbeit, Austausch und Begegnung. Der Verlust kultureller Identität hat nichts zu tun mit der abnehmenden Bedeutung der Nationalstaaten. Die Menschen haben längst den Weg gefunden, dem entgegenzuwirken. Sie besinnen sich auf ihre grenzüberschreitenden Verwandtschaften. Sie interessieren sich für lokale Geschichte. Für die charakteristischen Merkmale der Region, in der sie leben oder aus der sie stammen. Heimat ist nicht Deutschland in irgendwelchen nationalstaatlichen Grenzen, sondern das Saarland, das Ruhrgebiet, Nordfriesland, der Bayerische Wald.

Die gesamteuropäische Perspektive des Friedens und der Einheit in der Vielfalt ist ohne verantwortbare Alternative. Sie muß ergänzt werden durch die Bewahrung der regionalen Eigenheiten, wobei ich betonen möchte, daß sie oft grenzüberschreitend sind. Der Saarländer fühlt sich dem benachbarten Franzosen wahrscheinlich eher verbunden als dem Allgäuer. Die Menschen vom Niederrhein haben mehr Kontakte zu Holländern als zu den Berlinern. Den Menschen an der Ostgrenze der Bundesrepublik wird der Böhmerwald und das Erzgebirge näher sein als der Taunus.

Was bedeutet dies für die deutsch-deutschen Beziehungen? Städtepartnerschaften und kleiner Grenzverkehr haben traditionelle Bindungen wieder hergestellt, die durch die deutsch-deutsche Grenze unterbrochen waren. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Diskriminierungen, die den Reiseverkehr erschweren, wie die mangelnde Versorgung Reisender aus der DDR mit der in ihrem Reiseland gültigen Währung, müssen abgebaut werden. Die beiden deutschen Staaten können unter Einbeziehung Berlins mehr als bisher Beispiele geben für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, so wie der Grundlagenvertrag Beispiel für die KSZE-Schlußakte war. Heute ist deutlicher als je zuvor, welche Bedeutung die KSZE für Gesamt Europa hat. Sie ist das eigentliche Instrument zum Bau des gemeinsamen europäischen Hauses.

Die DDR wirkt daran mit und es gibt kein Argument gegen die Versuche, daß beide deutschen Staaten auch in Fragen der Friedenssicherung konstruktive Vorstöße unternehmen und sie miteinander abstimmen. Nicht verschweigen dürfen wir die absehbaren Probleme: Die DDR begibt sich ans Ende der Reformentwicklung in den Warschauer Pakt-Staaten. Die Union versucht dies innenpolitisch auszuschlachten. Wie wir diese Woche erfahren mußten, gibt es in der Bundesrepublik weiterhin den Streit über die Endgültigkeit der Grenzen in Europa. Auch wenn wir mit Nachdruck die Selbstbestimmung der Menschen in der DDR fordern, wissen wir, daß wir ihnen im Fall größerer innergesellschaftlicher Konflikte und Auseinandersetzungen vom Westen aus nicht helfen können. Unsere Möglichkeiten sind klar definiert und unsere Art Deutschlandpolitik zu praktizieren, hat sich zum Nutzen der Menschen seit vielen Jahren bewährt:

Unsere Position ist die:

1. Deutschlandpolitik muß alles unterlassen, was eine Vertiefung der deutschen Teilung bewirken könnte und alles tun, was zu ihrer Überwindung und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes durch freie Wahlen beiträgt.
2. Die Einheit der Nation kann durch vermehrte Begegnungen, die Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit und die Wahrnehmung der Verantwortung für den Frieden in Europa erhalten und gefestigt werden.
3. Sozialdemokratische Deutschlandpolitik geht vom Grundgesetz und vom Grundlagenvertrag sowie den Ostverträgen aus. Dabei werden die bestehenden Grenzen respektiert.
4. Sozialdemokratische Deutschlandpolitik hat nicht das Ziel, die DDR zu destabilisieren. Sie respektiert die Staatsangehörigkeit der DDR, ohne sie vertraglich anzuerkennen. Es kommt auf das an, was der einzelne Deutsche, der sich zum Beispiel in den Geltungsbereich des Grundgesetzes begibt, wünscht. Er kann sich hier niederlassen, er kann selbstverständlich mit seinem DDR-Paß ein- und ausreisen, ohne Bundesbürger zu werden.
5. Wesentlich ist bei jeder Deutschlandpolitik das Bemühen um menschliche Erleichterungen, das heißt mehr Bewegungsmöglichkeiten, mehr Städtepartnerschaften, Austausch von Zeitungen, Kulturaustausch, mit einem Wort: Kooperation und Austausch wo immer möglich.
6. Schwerpunkt der Beziehung zwischen beiden deutschen Staaten ist ihr Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa und zwischen den Blöcken. Beide deutschen Staaten müssen darauf hinwirken, daß Spannungen verringert und konkrete Abrüstungsschritte gefördert werden. Dies soll einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West dienen. In diesem Sinne bleibt das deutsch-deutsche Verhältnis eines, das spannungsmindernd und friedensfördernd ist.

* * *

(-/10.7.1989/vo-he/st)